

Mehr Schutz und Sicherheit für Berlin

Neues Polizeigesetz: mehr Videoschutz, stärkere Polizei, Kampf gegen Clans und gegen häusliche Gewalt

Seite 2

Rettung für Berlins überlastete Retter

Neues Gesetz sorgt mit neuen Regelungen und Zuständigkeiten für Entlastung

Seite 4

klartext

NEU
Kiez-Ausgabe
Karlsruhorst, Friedrichsfelde Süd und Rummelsburger Bucht im Innenteil

zur Stadt, Ihrem Kiez & dem Berliner Parlament

Zeitung der CDU-Fraktion Berlin | Oktober 2025



Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

Ich freue mich, Ihnen die nächste Ausgabe unserer Fraktionszeitung präsentieren zu dürfen. An dieser Stelle möchte ich mich bei Ihnen für den regen Gedankenaustausch, viele gemeinsame Veranstaltungen und Ihr großartiges Engagement vor Ort bedanken.

In dieser Ausgabe geht es um die Vorhaben, Schwerpunkte und Investitionen im Doppelhaushalt für die Jahre 2026/2027 fürs Land Berlin und den Bezirk Lichtenberg, die Bildungsvorhaben, den Fortschritt beim Baum von Ocean Berlin, die Poller in der Regener Straße, den Kampf gegen illegale Autoaufkessschilder sowie um die Freigabe der Straße Am Alten Flugplatz in Karlshorst.

Ich freue mich darauf, mich weiterhin mit Ihnen für ein lebens- und liebenswertes Karlshorst, Friedrichsfelde und Rummelsburg engagieren zu dürfen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Lilia Usik, MdB

Ihre direktgewählte Abgeordnete für Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und die Rummelsburger Bucht



Endlich unter Schutz: Berlins Kleingärten, grüne Oasen der Erholung Foto: IMAGO/Westend61

Kleingärten stehen jetzt unter gesetzlichem Schutz

Berlin bekommt ein Schutzgesetz für Kleingärten – Ende jahrelanger Unsicherheit

Berlin zählt rund **70.000 Kleingärten**, davon befinden sich etwa **80 Prozent auf landeseigenem Boden**. Diese Anlagen sind wichtige grüne Oasen und Erholungsorte für die Berlinerinnen und Berliner. In Städten leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Arten- und Biotopschutz und zur Qualität des städtischen Mikroklimas.

Trotz dieser Bedeutung sind Kleingartenflächen über Jahrzehnte hinweg vielfach von Verdrängung bedroht gewesen. Um einen verbindlichen Schutzrahmen zu schaffen, hat die CDU-geführte Koalition jetzt ein Schutzgesetz für Kleingärten auf den Weg gebracht. Die Vorgängerregierung aus SPD, Grünen und Linken haben auch darüber ergebnislos gestritten.

80%
der rund
70.000
Berliner
Kleingärten
liegen auf
landeseigenem
Boden

Dauerhafte Sicherung

Das Gesetz verpflichtet jetzt das Land Berlin, seine Kleingartenflächen dauerhaft zu sichern. Ein Abbau der Gesamtfläche ist ausgeschlossen. Kommt es in Ausnahmefällen dennoch zu Eingriffen, müssen **gleichwertige Ersatzflächen zeitgleich** zur Verfügung gestellt werden. Zudem sieht das Gesetz Transparenz und Mitbestimmung vor: Entscheidungen über Flächennutzung sollen künftig öffentlich erfolgen und Kleingärtnervereine wie auch das Abgeordnetenhaus einbeziehen.

Erstmaliger Rechtsrahmen

Für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner Berlins ist der Beschluss ein Grund zur

Freude: Zum ersten Mal gibt es einen verbindlichen Rechtsrahmen, der ihre grünen Oasen langfristig sichern soll. Sie blicken gespannt auf die weitere Entwicklung im Berliner Abgeordnetenhaus, denn nach der Verabschiedung im Senat geht das Gesetz nun in die Beratungen des Parlaments.

Dort freut sich besonders die CDU-Fraktion auf die Beratungen, denn die Fraktion hatte bereits 2014 ähnliche Anträge in das Parlament eingebracht, die damals allerdings mehrheitlich abgelehnt wurden. Jetzt befindet man sich auf der Zielgeraden.

Die gute Botschaft für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner bleibt: Sie haben mehr Sicherheit. Das Stadtgrün hat Bestand – heute und für kommende Generationen.

OFFENSIVE
8551

Schulplätze und neun Schulneubauten werden im laufenden Schuljahr neu geschaffen.

Seite 5

INFO —
GRAFIK



Flughafen Berlin Brandenburg

Zahlen und Fakten zum BER, dem drittgrößten Flughafenstandort in Deutschland

Seite 3

Wort gehalten! Freie Termine in Berlins Bürgerämtern

100 zusätzliche Stellen, 20 Springer zur schnellen Unterstützung, neue Bürgerämter

„Hey, auf einmal gibt's noch einen freien Termin. Sogar schon heute“, wundert sich Thomas aus Neukölln. Er kann es kaum glauben, wie sich die Terminlage in Berlins Bürgerämtern entspannt hat. Für Thomas und viele andere ist das eine echte Überraschung. Sie kommt ausgerechnet zu Beginn der Reisezeit in den Sommerferien, wenn wegen abgelaufener Ausweise und Pässe besonders viel los ist.

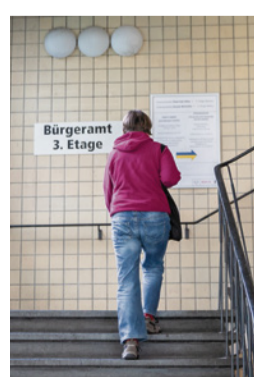
Mehr Mitarbeiter, mehr Online

Tatsächlich hat sich in Berlin in den letzten Monaten einiges getan. So

wurden 100 neue Stellen besetzt, dazu ein Springerpool mit 20 weiteren Kolleginnen und Kollegen zur kurzfristigen Unterstützung geschaffen. Und immer mehr Erledigungen gehen online wie zum Beispiel An- und Ummeldungen.

845 Zusatztermine täglich

Inzwischen gibt es in mehr als 80 Prozent der Fälle (81,4 Prozent) freie Termine innerhalb von zwei Wochen. Vor einem Jahr lag dieser Wert noch bei 58 Prozent. Es ist gelungen, berlinweit rund 845 zusätzliche Termi-



Der Weg ins Amt mit freien Terminen

Foto: CDU-Fraktion/
Patrick Liesener

ne pro Tag anzubieten. Verglichen mit dem Vorjahr stieg ihre Zahl von durchschnittlich 6262 auf 7101.

Auch die Zahl der Bürgerämter steigt. Nach dem in Spandau ging am 17. Juli das in der Rieser Straße in Hellersdorf an den Start mit Kurzzeitparkzonen, Karten- und Barzahlung. Zwei weitere sind in den Bezirken Treptow-Köpenick und Pankow angekündigt.

Ende des rot-grün-roten Terminchaos

Das ist ein weiterer wichtiger Schritt, damit Berlin wieder besser funk-

tiert. Das freut auch Berlins Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU): „Damit schaffen wir zusätzliche Terminkapazitäten, von denen die Berlinerinnen und Berliner profitieren.“

Noch ist nicht alles geschafft, mit Hochdruck wird weiter an Verbesserungen gearbeitet. Vor allem die Digitalisierung schreitet voran. Schon heute können mehr als 400 Dienstleistungen bequem von zu Hause via Computer erledigt werden.

Auch den Neuköllner Thomas freut's. Sein Ärger aus rot-grün-roten Zeiten gehört damit der Vergangenheit an.

Prävention statt Isolation: Berlin setzt auf Hausbesuche im Alter

Großer Erfolg und hohe Nachfrage bei der Bekämpfung von Einsamkeit

Älterwerden bedeutet nicht automatisch, auf Selbstständigkeit verzichten zu müssen. Doch mit dem Alter wachsen Unsicherheiten: Wer hilft im Pflegefall? Welche Freizeitangebote gibt es im Kiez? Wie lässt sich trotz körperlicher Einschränkungen der Alltag gestalten? Antworten auf diese Fragen liefert das Projekt „**Berliner Hausbesuche**“ – ein Angebot, das inzwischen in allen zwölf Bezirken fest verankert ist und tausende Seniorinnen und Senioren erreicht hat.

Vom Pilotprojekt zum berlinweiten Modell

Gestartet war das Projekt 2021 zunächst in zwei Bezirken. Die Idee: Berlinerinnen und Berliner ab 70 Jahren erhalten per Brief ein kostenfreies Angebot für einen Hausbesuch. Geschulte **Lotsinnen und Lotsen des Malteser Hilfsdienstes** besuchen die Menschen in ihrer Wohnung, hören zu und beraten individuell. Das Themenspektrum reicht von Gesundheit und Pflege

über altersgerechtes Wohnen bis hin zu Freizeit- und Kulturangeboten vor Ort.

Das Besondere: Die Gespräche finden im häuslichen Umfeld statt, in vertrauter Atmosphäre. So entsteht Raum, um Sorgen anzusprechen, Fragen zu klären und konkrete Hilfen zu vermitteln. 2024 wurde das Modell auf Initiative der CDU-Fraktion auf ganz Berlin ausgeweitet.

Bereits 5000 Seniorinnen und Senioren erreicht

Dass der Bedarf groß ist, zeigen die Zahlen: Rund 5000

Berlinerinnen und Berliner haben das Angebot seit dem Start wahrgenommen. Besonders nachgefragt werden Informationen zu Pflegestützpunkten, Alltagsunterstützung, Begegnungsstätten und Freizeitangeboten. Auch Themen wie finanzielle Belastungen, Barrieren im öffentlichen Raum oder die Sorge um soziale Isolation werden immer wieder angesprochen.

Die Berliner Hausbesuche schließen eine entscheidende Lücke. Es gibt viele gute Angebote für ältere Menschen in Berlin. Aber oft ist die Orientierung schwer. Die Lotsinnen

Pilotprojekt macht Schule: Rat und Hilfe für reifere Berliner

Foto: istock/
Jacob Wackerhausen

und Lotsen der Malteser helfen dabei, gezielt das zu finden, was individuell passt.

Eine Geschichte aus dem Alltag

Wie wertvoll der persönliche Austausch sein kann, zeigt das Beispiel von Marianne, 78 alt. Sie lebt seit dem Tod ihres Mannes allein in einer Altbauwohnung im dritten Stock. „Ich wusste gar nicht, wo ich anfangen soll, als mir die Treppen immer schwerer fielen“, erzählt sie. Der Flyer zu den Berliner Hausbesuchen kam für sie im richtigen Moment.

Beim Termin erfuhr sie von einer Nachbarschaftsinitiative, die Einkaufshilfen anbietet, und bekam Kontakt zu einer Freizeitgruppe für ältere Frauen im Kiez. „Plötzlich habe ich wieder feste Termine in der Woche und Leute, mit denen ich reden kann“, sagt sie. „Ohne den Besuch hätte ich davon nie erfahren.“

Ihre Geschichte ist kein Einzelfall – viele Seniorin-

nen und Senioren berichten, dass sie durch den Hausbesuch erstmals Zugang zu passenden Angeboten fanden und sich weniger isoliert fühlten.

Bedeutung für die Zukunft der Seniorenpolitik

Die Berliner Hausbesuche gelten inzwischen als ein **bundesweit beachtetes Vorzeigeprojekt**. Anders als viele klassische Programme setzt das Angebot nicht erst dann an, wenn Pflegebedürftigkeit bereits besteht, sondern arbeitet präventiv. Ziel ist es, Lebensqualität und Selbstständigkeit im Alter so lange wie möglich zu erhalten.

Mit der Ausweitung der Hausbesuche hat der Senat von Kai Wegner einen wichtigen Schritt hin zu einer modernen, präventiven Seniorenpolitik gemacht – und ein Modell geschaffen, das auch über die Stadtgrenzen hinaus Schule machen könnte.

Lang erwartet! Feierliche Eröffnung der A 100

CDU-Fraktion für mehr Tempo bei Sanierung der Eisenbrücke und weiteren Ausbau

Weniger Verkehr in Wohnkiesen, schnellere Verbindung zu Gewerbegebieten und zum Flughafen BER. Die Eröffnung des neuen Teilschnitts der A 100 zwischen Neukölln und Treptow ist ein erster wichtiger Schritt zur künftigen Entlastung der Anwohnerstraßen in Bezirken wie Neukölln, Treptow-Köpenick und Friedrichshain-Kreuzberg, finanziert hauptsächlich durch Bundesmittel.

Viele Auto- und Motorradfahrer wollten Ende August

den lang erwarteten Start der neuen Schnellstraße miterleben: „Ein gutes Gefühl, frei fahren zu können.“

Weiterer Ausbau sinnvoll

Doch es bleibt noch viel zu tun. Dass der Ersatzneubau der Eisenbrücke noch nicht fertig ist, liegt an der verschleppten Planung durch die Verkehrsministerinnen der Vorgängerregierungen. Um die aktuelle Situation zu

entspannen, unterstützt die CDU-Fraktion die Aktivitäten der Senatorin Ute Bonde (CDU), die u.a. eine weitere Fahrspur Richtung Nordosten einrichten wird und eine Änderung der Ampelschaltung vornimmt. Damit wird sich der Rückstau erheblich reduzieren und die Busse zügiger vorankommen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion Berlin ist zudem der weitere Ausbau der Stadtautobahn bis Storkower Straße (Abschnitt 17) dringend erforderlich. Erst mit ihm werden alle Vorteile der neuen Verbindung voll zum Tragen kommen. Deutlich weniger Verkehrsbelastung in Wohngebieten und ein schnellerer und effizienterer Wirtschaftsverkehr wird hierdurch erwartet.

„Herausragende Bedeutung“

Die Vorzüge des Vorhabens unterstreicht auch die Berliner Wirtschaft. „Dieses Projekt ist für den Wirtschaftsverkehr in Berlin von herausragender Bedeutung“, heißt es vonseiten der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB). Weitere Experten stimmen zu. Denn eine Millionenmetropole wie Berlin lässt sich nun einmal nicht allein mit Lastenrädern versorgen.

Rettung für Berlins überlastete Retter

Neues Gesetz sorgt mit neuen Regelungen und Zuständigkeiten für Entlastung



Neues Gesetz sichert schnelle Rettung in Berlin Foto: IMAGO/Future Image

Bei einer Rettung zählt jede Minute. Einsatzkräfte sollen in Berlin schneller vor Ort sein, echte Notfälle bekommen Priorität. Dazu hat der CDU-geführte Senat ein neues Rettungsdienstgesetz beschlossen.

Was sich jetzt ändern soll: Kernaufgaben der Notfallrettung übernimmt die Feuerwehr. Ganz oben stehen Reanimation, Herzinfarkt und Schlaganfall (Kategorie 1). Um Bagatellfälle wie etwa Fieber sollen sich andere Einrichtungen kümmern. Medizinisch nicht notwendige Krankentransporte sollen Privatfirmen (neue Rufnummer: 19222) erledigen.

Rund
0,5 Mio.
Notrufe gab es im Jahr 2023

Zusätzlich soll der Datenaustausch von Notaufnahmen, Rettungsdienst und Rechtsmedizin verbessert werden. Mehr Erste-Hilfe-Kurse sollen dazu beitragen, dass mehr Berliner im Notfall einspringen und Berlins Rettungskräfte entlasten können.

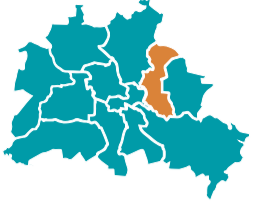
493.728 Notrufe im Jahr

Die Zahl der Alarmierungen ist in den letzten Jahren stetig gestiegen: auf rund eine halbe Million im Jahr 2023. Eine Neuorganisation des Rettungsdienstes war daher dringend erforderlich.



Der neue Teilschnitt der A100 ist endlich fertig

Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener



Bildung sichert Chancen für alle Kinder

Starke Schulen und Familien im Blick

Zum Start des neuen Schuljahres rückt die Berliner CDU-Fraktion mit dem Koalitionspartner SPD und der CDU-geführten Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zentrale Vorhaben in den Vordergrund. Ziel ist es, Schulen zu entlasten, die Qualität des Unterrichts zu steigern und allen jungen Menschen bessere Perspektiven zu eröffnen. „Bildung ist der Schlüssel für Teilhabe und Zukunftschancen. Ich danke allen Lehr- und pädagogischen Fachkräften, den Erzieherinnen und Erziehern, den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, dem Senat und dem Verwaltungspersonal, den vielen engagierten Eltern und Ehrenamtlichen sowie meinen Kolleginnen und Kollegen auf der Bezirks- und Landesebene. Gemeinsam sorgen wir dafür, jedes Kind in Berlin und Lichtenberg die besten Voraussetzungen für seinen Lebensweg erhält“, betont die Lichtenberger Abgeordnete Lilia Usik (CDU-Fraktion Berlin).

Berufsorientierung wird gestärkt

Mit dem Schuljahr 2025/26 wurde erstmals ein 11. Pflichtschuljahr eingeführt. Es richtet sich an Jugendliche, die nach der 10. Klasse noch keine klare Anschlussperspektive haben. Neu ist zudem der Bildungsgang „IBA Praxis“ an 15 Oberstufenzentren mit 900 Plätzen, der schulischen Unterricht mit Praktika kombiniert. Zusätzlich werden Betriebspraktika in Klasse 9 und 10 verpflichtend, und das Fach Wirtschaft-Arbeit-Technik wird ausgebaut.

Mehr Plätze, mehr Lehrkräfte

Berlin wächst – und mit ihm der Bedarf an Schulplätzen. Im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive entstehen zum neuen Schuljahr über 8500 zusätzliche Plätze, davon 725 in Lichtenberg. Parallel wird die Verbeamtung der Lehrkräfte bis Ende 2025 abge-

„ Bildung ist der Schlüssel für Teilhabe und Zukunftschancen. Wir wollen, dass jedes Kind in Berlin und Lichtenberg die besten Voraussetzungen für seinen Lebensweg erhält.“

Lilia Usik
Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses



Mehr Schulplätze und starke Förderung sichern Chancen für Lichtenbergs Kinder Foto: Lilia Usik

schlossen. Gleichzeitig starten über 1600 Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger sowie rund 1500 Referendarinnen und Referendare in den Schuldienst.

Digitalisierung und Ganzttag

Auch in Sachen Qualität und Innovation geht es voran: Das Startchancenprogramm bringt 460 Millionen Euro für Schulen in herausfordernden Lagen, die Digitalisierung wird flächendeckend ausgebaut und mit dem Flex-Ganzttag ein neues Modell erprobt.

Frühe Förderung und starke Familien

Neben Schulen profitieren auch Kinder, Jugendliche und Familien direkt. Das geplante Kita-Chancenjahr ermöglicht allen Kindern ab drei Jahren Sprachförderung und frühe Bildung.

Pflegeeltern erhalten einen Startbonus von 924 Euro monatlich, und in 50 Kitas wird die Kitasozialarbeit gesichert. Zudem werden Jugendämter mit spezialisierten Teams für die Jugendgewaltprävention gestärkt.

Berliner Schulbauoffensive geht voran

Abgeordnete Usik betont: „Im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive werden aktuell Schulen in ganz Lichtenberg gebaut – von Karlshorst über Rummelsburg, Lichtenberg Mitte, Alt- und Neu-Hohenschönhausen. Wir verfolgen das Ziel: mehr Plätze, bessere Betreuung, starke Förderung und klare Perspektiven. Berlin soll ein Ort bleiben, an dem junge Familien gerne leben – mit guter Bildung, kurzen Wegen und einem starken Gemeinwesen. Darum investieren wir konsequent in Bildung, Jugend und Familie.“



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

ich freue mich, Ihnen die nächste Ausgabe unserer Fraktionszeitung präsentieren zu dürfen. An dieser Stelle möchte ich mich bei Ihnen für den regen Gedankenaustausch, viele gemeinsame Veranstaltungen und Ihr großartiges Engagement vor Ort bedanken.

In dieser Ausgabe geht es um die Vorhaben, Schwerpunkte und Investitionen im Doppelhaushalt für die Jahre 2026/2027 fürs Land Berlin und den Bezirk Lichtenberg, die Bildungsvorhaben, den Fortschritt beim Baum von Ocean Berlin, die Poller in der Regener Straße, den Kampf gegen illegale Autoankaufsschilder sowie um die Freigabe der Straße Am Alten Flugplatz in Karlshorst.

Kiez-Newsletter abonnieren

Gerne möchte ich Ihnen wie gewohnt unseren kostenlosen Newsletter ans Herz legen, falls Sie ihn noch nicht bereits abonniert haben. Dort informieren wir als Newsletter-Team zweimal monatlich am ersten und dritten Freitag im Monat über die ortsbezogenen Themen und Veranstaltungen in Karlshorst, Friedrichsfelde und Rummelsburg. Am häufigsten stehen Stadtentwicklung, Verkehr, Bildung und Kultur im Fokus.

Unter folgenden Links können Sie sich innerhalb von einer Minute dafür anmelden:

- www.unser-karlshorst.de für Karlshorst
- www.unser-friedrichsfelde.de für Friedrichsfelde
- www.unser-rummelsburg.de für Rummelsburg

Ich freue mich darauf, mich weiterhin mit Ihnen für ein lebens- und liebenswertes Karlshorst, Friedrichsfelde und Rummelsburg engagieren zu dürfen.

Mit herzlichen Grüßen Ihre

Lilia Usik, MdB
Ihre direktgewählte Abgeordnete für Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und die Rummelsburger Bucht

Baustellenführungen für „Ocean Berlin“ starteten im September 2025

Zukunftsprojekt in der Rummelsburger Bucht öffnet seit September erstmals seine Türen

Das Großprojekt „Ocean Berlin“ in der Rummelsburger Bucht kommt planmäßig voran. Seit dem 13. September 2025 bietet Coral World erstmals öffentliche Baustellenführungen an – sowohl allgemeine Touren für Interessierte als auch Fachführungen für Architekten, Ingenieure und Planungsbeteiligte. Anmeldungen sind über die Projekt-Website möglich, die Bestätigung erfolgt seit August.

Aktuell werden bis zu 40 Zentimeter dicke Acrylscheiben im ersten



Seit September 2025 sind erste Baustellenführungen für „Ocean Berlin“ möglich Foto: Lilia Usik

Obergeschoss eingesetzt, die später die Aquarien umschließen. Der Einbau sollte bis Ende August abgeschlossen sein. Die Fundamentplatte des Gebäudes ruht auf 480 Betonpfählen, die bis zu 32 Meter in den Boden reichen. Nach Fertigstellung im April 2026 wird „Ocean Berlin“ rund 35.000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche umfassen, darunter ein Hotel mit 167 Zimmern sowie Flächen für Ausstellungen, Bildungsangebote und Gastronomie.



Lästige Autoankauf-Schilder an Laternen und Zäunen sorgen für Ärger

Seit vielen Monaten fallen der Nachbarschaft die unerlaubt an Laternen angebrachten Autoankauf-Schilder negativ auf. Das Bezirksamt teilte der CDU-Abgeordneten Lilia Usik auf Nachfrage mit, dass eine vom Straßen- und Grünflächenamt beauftragte Firma mit deren Entfernung beauftragt wurde. Dennoch hängen die problematischen Schilder weiterhin unverändert an Ort und Stelle, was verständlicherweise für Unmut sorgt. Usik hat nun den Senat angefragt, was für Maßnahmen er gemeinsam mit dem Bezirk zu ergreifen plant, um diesem Problem zeitnah und konsequenter nachzugehen.



Illegale Autoankauf-Schilder an Laternen sollen entfernt werden Foto: Lilia Usik

Freigabe der Straße „Am Alten Flugplatz“

Seit Beginn der Bauarbeiten am neuen Wohnquartier „Gartenstadt Karlshorst“ ist die Straße „Am Alten Flugplatz“ in Karlshorst gesperrt. Dies führte zu einer Umleitung der Verkehrsströme in der südlichen Köpenicker Allee – mit suboptimalen Folgen: In der benachbarten Kleingartenanlage haben das Verkehrsaufkommen und die damit einhergehende Lärmbelastung deutlich zugenommen. Die CDU-Abgeordnete Lilia Usik hat daher bei der Firma „Bonava“ bezüglich der Freigabe der Straße „Am Alten Flugplatz“ nachgefragt. Ihr wurde mitgeteilt, dass das Bezirksamt den Freigabeprozess nach dem Sommer 2025 formal einleiten soll. Die Erschließungsarbeiten für Wasser, Abwasser, Strom und weitere Leitungen seien weitgehend abgeschlossen. Noch in diesem Jahr ist die Vergabe der Bauleistungen vorgesehen; zudem sollen erste vorbereitende Straßenbauarbeiten beginnen. Der Großteil der Arbeiten wird sich jedoch auf das Jahr 2026 erstrecken – mit dem Ziel, die Straße Mitte 2026 wieder für Anlieger und das angrenzende Gewerbegebiet zu öffnen.



Viele Nachbarn haben Interesse an der Freigabe der Straße „Am Alten Flugplatz“ in Karlshorst Foto: Lilia Usik

Bezirkshaushalt in Lichtenberg ist eingebracht

1,2 Milliarden Euro pro Jahr werden verteilt

Bezirk setzt Schwerpunkte für 2026/2027

Im Juli 2025 wurde der Entwurf für den Doppelhaushalt 2026/2027 im Bezirk Lichtenberg eingebracht. Mit einem Gesamtvolumen von rund 1,2 Milliarden Euro jährlich stehen dem Bezirk deutlich mehr Mittel zur Verfügung als in allen Vorjahren. Dennoch bleibt die finanzielle Lage angespannt, da nicht alle Bereiche gleichermaßen von den zusätzlichen Mitteln profitieren. Der Entwurf bildet die Grundlage für die bezirkliche Verwaltungsarbeit der kommenden zwei Jahre.

Mehr Geld, aber es reicht nicht für alles

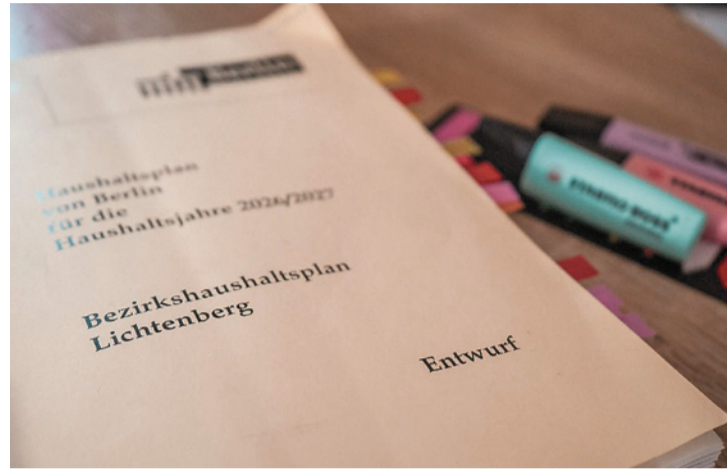
Trotz des gewachsenen Haushalts sind Einsparungen notwendig. Betroffen sind unter anderem die Unterhaltung von Straßen und Wegen, die Ausstattung im IT-Bereich sowie die Pflege öffentlicher Grünflächen. Gleichzeitig gelingt es, das Leistungsniveau in zentralen Bereichen zu sichern. Angebote in der sozialen Infrastruktur, der Familienförderung, der Jugendhilfe sowie in kulturellen und bildungsbezogenen Einrichtungen bleiben erhalten.

Neue Projekte für den Bezirk

CDU-Abgeordnete Lilia Usik zeigt sich erfreut und dankbar über die Arbeit ihrer Kolle-

“
Der Haushalt ist ein wichtiger Kompass für die kommenden zwei Jahre. Er zeigt, wie wir trotz knapper Ressourcen in die Zukunft investieren und die Lebensqualität im Bezirk sichern. Auf Landesebene finden weiterhin Haushaltsverhandlungen statt – es gilt, wichtige Weichen zu stellen, damit Berlin noch lebens- und lebenswerter wird.

Lilia Usik
Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses



Lichtenbergs Haushalt wächst auf 1,2 Milliarden Euro Foto: Sarah Ribbeck

ginnen und Kollegen in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg: „Neben der Sicherung des Status quo werden auch neue Vorhaben umgesetzt. Dazu zählen die Modernisierung von Verwaltungsstandorten, beispielsweise durch ein neues Gesundheitsamt, die Erweiterung von Bildungsangeboten mit einem neuen Standort für die Volkshochschule in Hohenschönhausen und die Erneuerung der Gartenarbeitsschule in Karlshorst. Auch die Schulbauoffensive wird weiter vorangetrieben, mit dem Ziel, dringend benötigte Kapazitäten zu schaffen und die Sicherheit auf Schulwegen zu erhöhen.“

Öffentliche Debatte und Entscheidung

Nunmehr wird der Haushaltsentwurf in den Ausschüssen der Bezirksverordnetenver-

sammlung öffentlich debattiert. Die abschließende Entscheidung über den Haushalt war für Donnerstag, den 18. September, geplant. Wer einen Blick in den Haushalt werfen möchte, findet diesen öffentlich auf den Seiten der BVV: <https://www.berlin.de/ba-lichtenberg/>.

Doppelhaushalt 2026/2027 für das Land Berlin

„Der Haushalt ist ein wichtiger Kompass für die kommenden zwei Jahre. Er zeigt, wie wir trotz knapper Ressourcen in die Zukunft investieren und die Lebensqualität im Bezirk sichern. Auf der Landesebene finden die Haushaltsverhandlungen weiterhin statt – da gilt es, wichtige Weichen für Berlin und seine Anwohner zu stellen, damit unsere Hauptstadt noch lebens- und lebenswerter wird“, erklärt Usik.

Mit dem Doppelhaushalt 2026/2027 wird auf Stabilität und zielgerichtete Investitionen gesetzt. Rund 44,4 Milliarden Euro für 2026 und 45,3 Milliarden Euro für 2027 stehen im Landeshaushalt bereit. Davon profitieren auch die Bezirke. Gleichzeitig bleibt die Lage angespannt – steigende Transferausgaben, unter anderem für Hilfen zur Pflege und Eingliederung, engen die Handlungsspielräume erheblich ein.

Prioritäten und Vorhaben für Lichtenberg

Für Lichtenberg bedeutet dies: Die zusätzlichen Mittel ermöglichen zwar Investitionen in Bildung, Verwaltung und Infrastruktur, doch die Mittelverwendung bleibt unter strenger Konsolidierungsvorgabe. Neue Vorhaben wie die Modernisierung von Verwaltungsstandorten oder der Ausbau der Schulkapazitäten passen damit in die gesamtstädtische Strategie. „Es werden klare Prioritäten bei Verkehr, Wohnungsbau, Sicherheit und Bildung gesetzt – Bereiche, die sich im Entwurf des Bezirkshaushalts ebenfalls widerspiegeln. So soll gewährleistet werden, dass trotz angespannter Haushaltslage die Leistungsfähigkeit unserer Stadt erhalten bleibt und zugleich wichtige Zukunftsprojekte umgesetzt werden“, so Usik abschließend.

Poller auf Karlshorster Spielwiese bleiben bestehen

Rot-Rot-Grün in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg verteidigt Begrenzung – Usik kritisiert Einschränkungen für Kinder

Die umstrittenen Poller auf der Spielwiese an der Regener Straße in Karlshorst bleiben bestehen – trotz Protesten von Familien und Kritik seitens der CDU-Abgeordneten für Karlshorst Lilia Usik und der CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg. Seit April dürfen Kinder dort nur noch auf einer durch Pfosten abgegrenzten Fläche Ball spielen. Der restliche Teil der Wiese ist zur Blühwiese erklärt.

Viele Eltern und Kinder empfinden die Situation als absurd:



Poller auf der Karlshorster Spielwiese sorgen weiter für Unmut bei Familien Foto: Lilia Usik

Statt freien Bewegungsraums gibt es Stolperfallen, die weder die Natur wirksam schützen, noch kindgerechtes Spielen ermöglichen. „Es kann nicht sein, dass Kinder in unserem Bezirk systematisch vom Spielen abgehalten werden – durch eine Maßnahme, die weder den Kindern noch der Natur zugutekommt“, erklärt Lilia Usik. „In Karlshorst mangelt es an Angeboten für Kinder und Jugendliche und sie noch weiterhin einzuschränken ist für viele Familien in Karlshorst nicht zu gerechtfertigen.“

Die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg und Abgeordnete Usik fordern weiterhin die Entfernung der Poller. Doch die rot-rot-grüne Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung verteidigte die Maßnahme mit ökologischen Argumenten. Damit bleibt die Einschränkung bestehen – aus Sicht der CDU-Fraktion Lichtenberg ein familienfeindlicher Eingriff, der kaum etwas zum Umweltschutz beiträgt, aber den Kindern spürbar Spielraum nimmt.

Haben Sie Themen in Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und der Rummelsburger Bucht? Ihre Abgeordnete Lilia Usik ist für Sie da!

HIER FINDEN SIE ANTWORTEN UND HILFE

Bürgerbüro von Lilia Usik, MdA
Marksburgstraße 39, 10318 Berlin-Karlshorst

☎ (030) 75 43 74 60
✉ kontakt@lilia-usik.de
🌐 www.lilia-usik.de

f lilia.usik
@ lilia_usik
lilia_usik

50.000 neue Plätze! Berlins Schulbau bleibt in der Offensive

Milliardenschweres Investitionsvorhaben sorgt für Entlastung in Schulen und Klassen

Mehr Schulräume, kleinere Klassen. Berlins Schulbau-offensive ist und bleibt das größte Investitionsprogramm Berlins. Milliardenschwer und nach aktuellen Ergebnissen äußerst erfolgreich. Unter CDU-Verantwortung wurden die Mittel dafür zuletzt erheblich aufgestockt.

Neues Gymnasium in Marzahn

So werden im Laufe des neuen Schuljahres 2025/2026 insgesamt 8551 zusätzliche Schulplätze geschaffen, davon gut 5700 in neun Schulneubauten. Das sind fünf Grund-, drei Oberschulen sowie ein neues Gymnasium endlich auch in Marzahn-Hellersdorf.

Weitere 2813 Plätze werden durch Erweiterungen bestehender Schulen entstehen.

Zehn weitere Schulneubauten

Für das nächste Schuljahr 2026/2027 sind mindestens

8551

zusätzliche Schulplätze und neun Schulneubauten werden im Laufe des Schuljahres 2025/2026 geschaffen



zehn weitere Schulneubauten in der Planung, dazu kommen weitere Sanierungsmaßnahmen im dreistelligen Bereich.

Die Gesamtbilanz dieses Großprojektes kann sich se-

hen lassen: Rund zusätzliche 50.000 Schulplätze sorgen für Entlastungen von Schulen und Klassen. Das unter Rot-Grün-Rot entstandene Defizit kann nunmehr schrittweise abgebaut werden.

Neue und sanierte Schulen, mehr Plätze für Schüler wie in der Anna-Lindh-Schule

Foto: CDU-Fraktion/
Patrick Liesener

Bessere Noten für Berlin

Laut „Bildungsmonitor 2025“ des Instituts Neue Soziale Marktwirtschaft hat sich Berlin im Ländervergleich weiter auf Platz 11 verbessert (2023: Rang 15). In rot-grün-roten Zeiten war Deutschlands Hauptstadt bildungspolitisch viel zu lange auf hinteren Plätzen.

IFA bleibt Berliner

Die Internationale Funkausstellung (IFA) ist mit mehr als 200.000 Besucher ein Publikumsmagnet. Diese wichtige Messe soll bis 2034 in Berlin bleiben, kündigte IFA-Chef Leif Lindner an. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner freut sich für die Berliner: „Damit bleibt zusammen, was zusammengehört.“



IFA bleibt unterm Funkturm
Foto: IMAGO/IPON

Sicherheit für alle

Fühl' dich sicher in Berlin.

Mit der Reform des Polizei- und Ordnungsrechts sorgt die CDU-Fraktion für mehr Schutz im Alltag. Endlich darf die Polizei an Kriminalitätsschwerpunkten Videoaufklärung einsetzen. Die Speicherfristen im öffentlichen Nahverkehr verlängern wir auf 72 Stunden.



Schutz vor häuslicher und geschlechtsbezogener Gewalt

Lieben ohne Angst. Wir weiten das maximale Betretungsverbot bei häuslicher und partnerschaftlicher Gewalt auf 28 Tage aus. Gefährdete Opfer werden per Sicherheitsmitteilung frühzeitig gewarnt, sollte sich der Gewalttäter nähern.



Mehr Schutz und Sicherheit. Für Berlin.

Mehr Videoschutz, stärkere Polizei. Kampf gegen Clans und gegen häusliche Gewalt.

CDU FRAKTION BERLIN



Terrorabwehr und Bekämpfung der Organisierten Kriminalität

Kriminellen vergeht das Lachen.

Wir legen ein besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung von Terrorgefahren und die Bekämpfung des organisierten Verbrechens. Die elektronische Fußfessel kommt.



Schutz für unsere Polizei

Sie sind da, wenn Du sie brauchst: unsere Einsatzkräfte. Mit dem Gesetz passen wir die polizeilichen Befugnisse an die Bedrohungslage an und stärken unserer Polizei den Rücken. Zum Schutz unserer Einsatzkräfte regeln wir den finalen Rettungsschuss.



Schluss mit falschen linken Versprechen – wir schützen die Mieterinnen und Mieter!

von **Dirk Stettner** – Vorsitzender der CDU-Fraktion Berlin

Ein Jahrzehnt linker Wohnungspolitik hat unsere Stadt an den Rand einer Mietenkrise gebracht. Rot-Grün hat blockiert, verzögert, zerredet – und die Mieterinnen und Mieter im Stich gelassen. Während immer mehr Menschen nach Berlin gezogen sind, haben SPD, Grüne und Linke es verpasst, den dringend nötigen Wohnraum zu schaffen.

Der Tiefpunkt war der sogenannte **Mietendeckel**: verfassungswidrig, wirkungslos, ein Schlag ins Gesicht aller, die auf Entlastung gehofft haben. Kein Euro weniger Miete, aber viel Unsicherheit und Chaos auf dem Wohnungsmarkt. Das ist linke Symbolpolitik – teuer, ideologisch, nutzlos.

Das Ergebnis sehen wir heute: Angebotsmieten, die sich verdoppelt haben. Ein Wohnungsmarkt, auf dem Normalverdiener kaum noch eine Chance haben. Eine Stadt, die ihr Versprechen von sozialer Mischung und Offenheit zu verlieren droht.

Die CDU-Fraktion sagt klar: Damit ist Schluss!

Wir stehen für eine Politik der Vernunft und der Tatkraft. Wir machen keine ideologischen Experimente – wir lösen Probleme. Unser Kurs heißt: **kluge Förderung statt Zwang, bauen statt blockieren, anpacken statt ankündigen.**

Unsere Maßnahmen – für die Menschen in Berlin

- **Mietpreisbremse konsequent durchsetzen:** Wir haben die Mietpreisprüfstelle eingerichtet. Sie sorgt dafür, dass Wucher nicht länger folgenlos bleibt.
- **Mehr Geld für sozialen Wohnungsbau:** Wir stellen sicher, dass jährlich tausende neue Sozialwohnungen entstehen können. 2024 bereits über 5000. Allein 2025 fließen dafür rund **eine Milliarde Euro** – und für



Mehr bezahlbare Wohnungen entlasten Berlins Mieter Foto: IMAGO/Funke Foto Services

2026 und 2027 sind bereits jeweils eine weitere Milliarde eingeplant. Damit wächst der Etat der Stadtentwicklungsverwaltung fast auf das Doppelte.

- **Wohnungsneubauturbo nutzen:** Mit der neuen Bundesregelung können wir endlich schneller bauen. Und wir wissen genau, wo: auf den vielen **Industriebrachen** Berlins. Dort entstehen ganz neue Quartiere – ohne die Lebensqualität in den gewachsenen Kiezen zu zerstören.

Stärksten bestehen. Berlin muss Heimat für alle bleiben.

Mit der CDU wird angepackt, gebaut und bezahlbar gemacht – **für ein sicheres und bezahlbares Zuhause in unserer Stadt!**



Dirk Stettner
Fraktionsvorsitzender
Foto: Yves Sucksdorf

Unsere Botschaft ist klar:

Berlin braucht keine neuen linken Träume von Deckeln und Verboten. Berlin braucht Wohnungen, die wirklich gebaut werden. Wir kämpfen dafür, dass sich auch morgen noch Rentner in Marzahn, Familien in Tempelhof oder Studierende in Charlottenburg ihre Wohnung leisten können.

Berlin darf keine Stadt werden, in der nur die

Campingbehauung	Rückschlag beim Tennis	bestimmter Artikel	berl.: Mut	amerik. Geländewagen	Hochgebirge in Europa	Trut-henne	Fußballklub aus Berlin	Brauch, Sitte (lat.)	dreist, unver-schämt	Wort des Ein-wandes	span. Maler (Salvador) † 1989	Prüfung	Lausbub bei Wilhelm Busch	Schwert-lilie	Reise-weg	spanisch: Meer	berl.: langer Mensch	Anzeige der Uhr
Fest-landmas-se, Kontinent					Luft-reifen (Kurz-wort)				Ausflug mit dem „Draht-esel“					berl.: lärmendes Treiben				
Inhalts-losigkeit				Ausruf des Ekels	Spre-zufluss		Ohren-robbe					11	russi-scher Männer-name			Tonart auf dem Grund-ton g		Exspieler bei Her-tha BSC (Fred)
fäus-schende Nach-bildung	binden-der Auftrag	Hauptraum des römischen Hauses	Gebirge in Süd-amerika		Bohnen-quark		Bein-bewegung; Gangart		Thermo-meter-grad-einheit				Honig-biene	Zustand bei Asthma			weibl. Kosename	
Fleisch-speise				Gelege	Leben, Existenz											Benzin-bestand-teil	Gegen-stand, Sache	ugs.: wider-wärtiger Mensch
				dreist, flot	Gefahr im Gebirge								Berliner Zeichner (Heinrich) † 1929	and-ers; sonst, auch genannt	beliebter alter Schlag-er (engl.)			
Alters-regelgeld	berl.: betrügen	kaum hörbar				2							Funktions-aktive-rung (PC)					
Figur in „My Fair Lady“				Groß-mutter	Kurz-wort: Abonne-ment										Rhein-zufluss	römi-scher Kaiser (54–68)	Be-hälter, Hülle	
getrock-net. Gras (Vieh-futter)		Frage-wort	Mensch o. Kunst-sinn										Kopf-schutz für Radler	ugs.: nicht sehr ge-sprächig	Unvoll-kommen-heit			6
	3			Urwald-gebiet Sibiriens	Monats-name								Edel-kastanie				erster Mensch (A. T.)	zweiter griech. Buch-stabe
ugs.: unnützer Kram	Ver-langen, Wunsch	Körper-bau-lehrer												berl.: dumm	gewalt-same Weg-nahme			
bereit-willig		Bewoh-ner von Wales	Has-t, über-stürztes Drängen	Aben-teuer	öster-r. Lyriker (Nikolaus) † 1850								Frucht-brei	Lied, Sing-weise		süd-amerik. u. mexik. Währung	griech. Jagd-göttin	Stadt an der Havel
nor-dische Hirsch-art	Sing-vogel												Berliner NDW-Band mit A. Humpe	erläu-terndes Nach-wort	süd-amerik. Gras-steppe			8
				TV-Modera-tor (Markus)	Elbe-zufluss								reicher an Jahren Schnitt-holz				Heide-kraut	Teil eines Buches
Jünger, Verräter Jesu	Trauben-ernte	Gondel am Ballon		Streit, Zwist	Stadt in der Schweiz	Post-wert-zeichen		Speise-zutat	Ursache	alt-peru-anischer Adiger	Anwen-dungs-trick, Kniff	Ver-grö-ße-rungs-glas			immer	Flüssig-keit im Körper		
Winter-sport-gerät		Foto vom Negativ				Vorname der Lindgren † 2002												
Region in Italien				Buch im Alten Testa-ment				Müll, Abfall						weibl. Kurzname		halb-lange Kleidung		
				leinen-ähnlicher Baum-wollstoff				Türgriff										
skand. Münze	barsch, schroff				berl.: Ver-gnügen				Fluss zur Spree					engl.: zwei		einzig-ige Ausfer-tigung		
													Schul-note			Keim-träger		

CDU FRAKTION BERLIN

Mehr Schutz und Sicherheit. Für Berlin.

Jetzt QR-Code scannen und für unseren Newsletter anmelden, um informiert zu bleiben.




1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

Die **Auflösung** finden Sie auf der letzten Seite.

Parlament stärkt Chancengleichheit und Finanzierung von Freien Schulen

In Berlin gibt es aktuell 170 Schulen in freier Trägerschaft mit rund 42.000 Schülern



Der Berliner Senat hat eine umfassende Reform der Schulen in freier Trägerschaft beschlossen, die jetzt im Abgeordnetenhaus beraten wird. Ziel ist es, die Finanzierung transparenter zu gestalten, Familien zu entlasten und die Chancengleichheit zu verbes-

Ev. Schule Berlin Mitte, eine von 170 freien Schulen in Berlin

Foto: CDU-Fraktion/
Patrick Liesener

sern. Die CDU-Fraktion Berlin unterstützt das Vorhaben.

In Berlin gibt es derzeit rund 170 Schulen in freier Trägerschaft, an denen etwa 42.000 Kinder unterrichtet werden. Jeder achte Schüler in Berlin besucht somit eine Schule in freier Trägerschaft –

doch bislang standen sie oft unter finanziellem Druck.

Zuschüsse kommen früher

Bislang mussten neue Schulen bis zu fünf Jahre warten, bis sie staatliche Zuschüsse erhielten. Künftig sollen diese bereits nach zwei Jahren fließen. Besonders für kleine Träger bedeutet das eine deutlich bessere Planbarkeit.

Auch berufliche Schulen sollen profitieren: Die bisherige Begrenzung der Zuschüsse allein auf Personalkosten wird aufgehoben, sodass künftig auch andere Kosten stärker abgedeckt werden.

Mehr Unterstützung bei Förderbedarf

Die Reform legt ebenso besonderen Wert auf Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Für Schüler mit den Schwerpunkten Autismus, Sehen oder Hören werden die Zuschüsse erhöht. Neu ist zudem, dass auch allgemeine Schulen zusätzliche Mittel erhalten, wenn sie Kinder mit Förderbedarf aufnehmen.

Einheitliche Schulgeldtabelle

Um sicherzustellen, dass die Wahl einer Privatschule nicht vom Einkommen der Eltern abhängt, wird eine verbind-

liche Schulgeldtabelle eingeführt. Sie legt einkommensabhängige Obergrenzen fest und soll vor allem Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen entlasten. So sollen auch Familien mit einem Bruttojahreseinkommen von bis zu rund 81.000 Euro profitieren.

Verlässliche Planung

Die Finanzierung soll künftig transparenter werden: Die Personalkostensätze, auf deren Basis Zuschüsse berechnet werden, veröffentlicht die Finanzverwaltung künftig frühzeitig. Das verschafft den Trägern mehr Planungssicherheit und klare Rahmenbedingungen.

Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit

Bildungsministerin Katharina Günther-Wünsch (CDU) sprach von einem „klaren Signal der Verlässlichkeit und Gerechtigkeit“. Schulen in freier Trägerschaft erhielten so die Anerkennung, die ihrem Beitrag zum Berliner Bildungssystem entspreche.

Das Abgeordnetenhaus wird den Entwurf in den kommenden Wochen beraten. Sollte das Gesetz in dieser Form beschlossen werden, könnte es schon bald spürbare Verbesserungen für Träger, Familien und Kinder bringen.

Start der Datenerhebung für den Mietspiegel

Berlin hat im September mit der Datenerhebung für den neuen qualifizierten Mietspiegel 2026 begonnen. Dafür werden zehntausende Mieterinnen und Mieter sowie Vermieterinnen und Vermieter befragt. Der Mietspiegel ist ein zentrales Instrument für den Berliner Wohnungsmarkt: Er schafft Transparenz über das tatsächliche Mietniveau, bietet Schutz vor überhöhten Forderungen und sorgt zugleich für Rechtssicherheit bei Mietanpassungen.

Die CDU-Fraktion bittet alle Angesprochenen, sich an der Befragung zu beteiligen. Denn nur mit einer breiten Datengrundlage entsteht ein realistisches Bild der Berliner Mietensituation – als verlässliche Basis für mehr Fairness und Rechtssicherheit auf dem Wohnungsmarkt.



Faire Mieten dank des Mietspiegels

Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Mehr Zeit für Bildung in Berliner Kindergärten

Bei unter Dreijährigen werden mehr Erzieher pro Gruppe eingesetzt

Berliner Kinder bekommen mehr Aufmerksamkeit, eine bessere Betreuung und mehr Zeit für Bildung: 2026 wird die Zahl der Kita-Kinder unter drei Jahren je Erzieher um ein Kind abgesenkt.

Das bedeutet: Ab August nächsten Jahres wird im Schnitt die Zahl der Kinder je Fachkraft rechnerisch auf dann nur noch 4,1 Jungen und Mädchen abgesenkt. Erzieherinnen und Erzieher werden damit entlastet; unter Dreijährige bekommen auf diese Weise mehr Aufmerksamkeit.

Trotz angespannter Haushaltslage wird damit umgesetzt, was die CDU-Fraktion lange gefordert hatte: angesichts sinkender Kita-Kinderzahlen zu einem verbesserten Betreuungsschlüssel zu kommen, die Erzieherstellen zu erhalten. Sonst hätten bis zu 2400 Vollzeitstellen gestrichen werden müssen.

Gut angelegte Gelder

Die Investitionen von 125 Millionen Euro im kommenden Jahr und weiteren 193 Millionen Euro in 2027 sind gut angelegtes Geld auf dem Weg zum Erwachsenwerden.

318 Mio. €

Investitionen bis 2027 verbessern den Betreuungsschlüssel und erhalten Erzieherstellen



Kleinere Kitagruppen: Entlastung für Erzieher, bessere Betreuung für Kinder Foto: istock/StockPlanets

Smarte Anzeigen für flüssigen Radverkehr

Mit VeloFlow entspannt durch die Hauptstadt radeln

Anhalten, warten, wieder ansetzen – wer mit dem Fahrrad durch Berlin fährt, kennt das Problem: Der Weg von Ampel zu Ampel ist oft ein ständiges Stop-and-Go. Mit dem neuen Projekt VeloFlow soll dem nun entgegengewirkt werden. Digitale Anzeigen sollen Radfahrern künftig helfen, den „Grünen Wellen“ der Stadt zu folgen und Kreuzungen entspannter zu passieren.

Mehr Komfort und weniger Rotlichtverstöße

Die erste sogenannte GLO-SA-Anzeige („Green Light

Optimal Speed Advisory“) ist bereits an der Kreuzbergstraße in Betrieb. Etwa 200 Meter vor der Ampel informiert ein LED-Display, ob es sich lohnt, das Tempo anzupassen, um die nächste Grünphase zu erwischen. Wer mit rund 20 km/h unterwegs ist, kann so oft ohne Halt durchfahren.

Das Ziel ist klar: weniger abruptes Anhalten, weniger Rotlichtverstöße, dafür mehr Sicherheit und Komfort.

Technik im Hintergrund

Herzstück des Systems sind sogenannte Roadside Units,



Grüne Welle für Radler

Foto: CDU-Fraktion/
Patrick Liesener

kleine Kästen, die an den Ampeln montiert sind. Sie erfassen in Echtzeit die Schaltung der Signalanlage und übertragen die Daten drahtlos an die Anzeigen für Radfahrer. So sollen zuverlässige und präzise Informationen entstehen – unabhängig von Tageszeit oder Verkehrsaufkommen.

Pilotprojekt an mehreren Standorten

VeloFlow startet zunächst als Pilotprojekt. Neben der Kreuzbergstraße sind weitere Korridore vorgesehen, darunter die Invalidenstraße (zehn

Anzeigen) sowie die Stargarder Straße und Schönhauser Allee (neun Anzeigen). Auch in der Handjerystraße und an der Prinzregentenstraße werden Systeme installiert.

Digitaler Rückenwind für Berlins Radfahrer

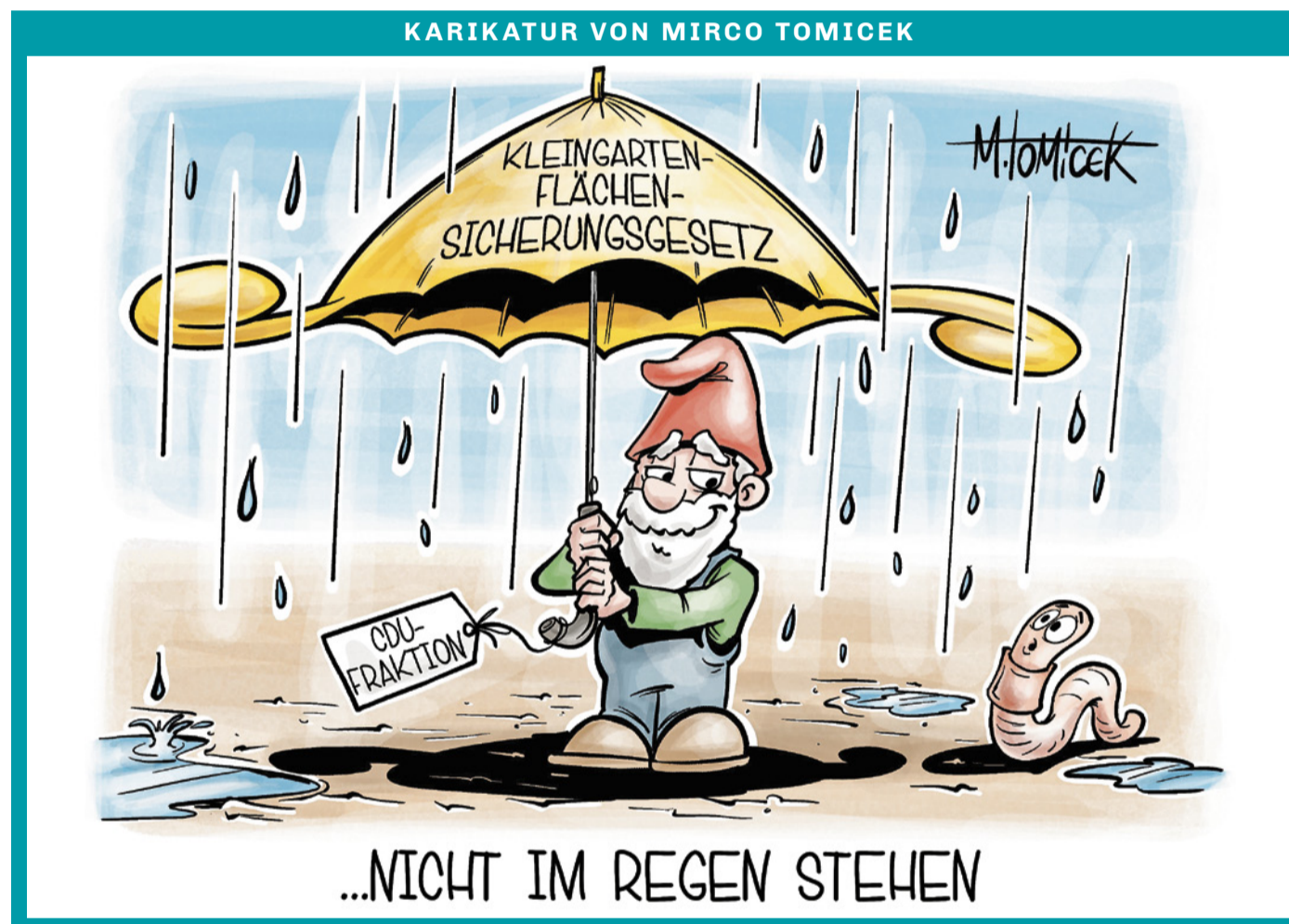
Ob das Projekt auch in großem Maßstab funktioniert, wird die Pilotphase zeigen. Für die vielen Berlinerinnen und Berliner, die täglich auf zwei Rädern unterwegs sind, könnte es jedenfalls der Beginn eines deutlich entspannteren Alltags werden.

Unterschriften für Olympia

„Die Spiele für Berlin“: Unter diesem Motto sammelt der Landessportbund (LSB) Unterschriften für die Olympia-Bewerbung. Bis Jahresende sollen mindestens 20.000 zusammenkommen, die Unterstützung aus vielen Vereinen ist groß. Unterschreiben können alle Berliner ab 16 Jahren: Rückenwind für die deutsche Sport-Hauptstadt. Der DOSB entscheidet im Herbst 2026 über die deutsche Bewerbung.



Unterschreiben für Olympia
Foto: IMAGO/imagebroker



Bundesverfassungsgericht bestätigt rbb-Staatsvertrag

CDU-Fraktion Berlin fordert konsequente Umsetzung

Das Bundesverfassungsgericht hat die Reform des Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) bestätigt. Damit sind die Änderungen des rbb-Staatsvertrags, die Anfang 2024 in Kraft traten, rechtlich abgesichert. Die CDU-Fraktion Berlin begrüßt das Urteil ausdrücklich und sieht ihre Linie gestärkt: Der rbb braucht klare Strukturen, mehr Transparenz und eine stärkere regionale Ausrichtung.

Reaktion auf Skandale

Bereits im Dezember 2023 hatten das Abgeordnetenhaus Berlin und der Brandenburger Landtag den neuen Staatsvertrag verabschiedet. Die Reform war eine direkte Reaktion auf die Skandale beim rbb der vergangenen Jahre und sieht unter anderem strengere Sorgfaltspflichten, verbindliche Haftungsregeln und mehr

Kompetenzen für Verwaltungs- und Rundfunkrat vor. Zudem wurde die Leitungsebene verschlankt, das Gehalt der Intendant gedeckelt und die regionale Berichterstattung verbindlich gestärkt.

CDU-Fraktion: Umsetzung muss spürbar sein

Aus Sicht der Christdemokraten im Abgeordnetenhaus ist das Urteil ein Meilenstein. Es sorgt dafür, dass der rbb nun mit klaren Regeln und echter Verantwortlichkeit wieder zu einem glaubwürdigen Sender gemacht werden könnte. Entscheidend sei nun, dass die Reformen nicht auf dem Papier stehen bleiben, sondern spürbar umgesetzt werden.

Wer im rbb Verantwortung trägt, müsse künftig auch tatsächlich haftbar gemacht werden können, sagt die CDU-Fraktion. Zudem müsse die

”
Jetzt geht es darum, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Das Urteil bestärkt den eingeschlagenen Weg.

CDU-Fraktion Berlin



rbb-Zentrale an der Masurenallee

Foto: IMAGO/McPHOTO

Verpflichtung zu mehr Regionalität deutlich sichtbar werden – in den Programmen, in der Berichterstattung und in der Präsenz des rbb in den Regionen Berlins und Brandenburgs.

Vertrauen zurückgewinnen

Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist der Weg nach Ansicht der CDU-Fraktion frei für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der effizient, transparent und bürgernah arbeitet. „Jetzt geht es darum, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Das Urteil bestärkt den eingeschlagenen Weg“, heißt es aus der Fraktion.

Damit dürften die Vorstellungen der CDU-Fraktion auch ganz im Sinne der Zuschauerinnen und Zuschauer des Senders sein.

✓ Nicht verpassen!

Die nächste Ausgabe vom klartext erscheint Mitte Dezember 2025

Termine

Bürgerdialoge der CDU-Fraktion Berlin

Gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Dirk Stettner und den folgenden Abgeordneten können Sie zum jeweiligen Termin zu Ihren Themen diskutieren. Alle Informationen erhalten Sie unter: www.kummer-tour.de.

KÜMMERTOUR BÜRGERDIALOG

15.10. (Mi.)

Kümmertour Rummelsburg

Mit der Abgeordneten Lilia Usik für Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und die Rummelsburger Bucht zu den Themen: **die Situation an der Rummelsburger Bucht, die Grundsteuer und Heizkosten.**



Die Rummelsburger Bucht

Foto: Lilia Usik, MdA

22.10. (Mi.)

Kümmertour Schöneberg

Mit der Abgeordneten Katharina Senge für Schöneberg zum Thema: **„Die funktionierende Stadt – erreicht oder in weiter Ferne?“**

Auflösung Kreuzworträsel S.6

Z E R N J A B U U F M M I M L L
E R D T E I L P N E U R A D T O U R R A B A T Z
L E R E P F U I S S E B A E R I G O R B E
A T T R A P P E N T O F U C E L S I U S U M G A B I
U U M A N D E N S C H R I T T M A T E M N O T
B R A T E N A M Z I L L E R O M M
R E N T E K E S S M M B O L D I E
F R R L E I S E M A U S K L I C K
E L I Z A B E T H H E L M S T I N N E
H E U W O R A N M I M A N G E L
K L I M B I M O S M A R O N E T
M A N A T O M M U S S R A A U S
G E R N E A M A M M E L O D I E
R E N A M E I L E I D E A L M A M T
L I W U E R G E R F E L P A M P A
J U D A S L A N Z M A E L T E R O M
E R L E S E A M M G O G L U P E S T E T S
S K I A B Z U G A S T R I D B A L I B O E R S E
T O S K A N A M E S R A U N R A T L I L M I D I
O E R E L I N O N K L I N K E R T W O U N I K A T
M B R E S K F E Z Z D A H M E G U T S A M E

PILZSAMMLER

IMPRESSUM

klartext

Zeitung zur Stadt Berlin, Ihrem Kiez und dem Berliner Parlament

CDU-Fraktion Berlin
Preußischer Landtag, 10111 Berlin
☎ Telefon: (030) 23 25 21 28
✉ klartext@cdue-fraktion.berlin.de
🌐 www.cdu-fraktion.berlin.de

V.i.S.d.P.: Heiko Melzer
Bildredaktion: Patrick Liesener,
Martin Bremer
Editorial Design, Layout, Satz &
Produktion: Martin Bremer
Druck: A. Beig Druckerei und Verlag
Verteilung: Deutsche Post AG

Diese Veröffentlichung der CDU-Fraktion Berlin dient ausschließlich der Information und darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.